Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünfstheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 110. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 6 März 1861.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Arad, 5. März Vorm. Die General-Versammlung des Comitates hat beschlossen, die Comitatsauslagen durch allgemeine Repartirung zu decken, ferner die Landtagsdeputirten anzuweisen, nur nach Pesth zu gehen.

Paris, 5. März. In der Legislativen hat Favre ein Amendement, betreffend den Rückzug der Franzosen aus Rom eingebracht.

Pesth, 4. März. Heute Mittags wurde die Judex-Curial-Conferenz mit einer gehaltvollen Rede des Judex Curiae geschlossen. Im leopoldstädter Wahlbezirke in Pesth ist der Advocat Karl Rath zu Gunsten Ladislaus Szalay's von der Candidatur zurückgetreten, somit Deák's, Szalay's und Gorove's Wahl für die Stadt Pesth bereits als gewiß zu betrachten.

Mailand, 4. März. Die heutige „Perseveranza" berichtet: General Goyon erhielt Befehl, die Provinz Frosinone, welche bis jetzt von den päpstlichen Truppen besetzt war, zu occupiren.

Die Proklamirung des sog. italienischen Königreiches wird am 14. d. M., am Geburtstage Victor Emanuels, stattfinden.

Ratazzi wird fast einstimmig zum Präsidenten der Kammer, Poërio und Torrearsa werden höchst wahrscheinlich zu Vice-Präsidenten erwählt werden. Der Transport des Belagerungsmaterials nach Messina wird durch die stürmische See verzögert.

Turin, 4. März. Die Kammersitzungen behandelten bisher ausschließlich nur die Prüfung der Wahlen und werden noch mehrere Tage denselben Gegenstand besprechen. Von der französischen Regierung werden Herrichtungen im hiesigen französischen Gesandtschaftshotel vorgenommen. Man schließt daraus auf die bevorstehende Wiederherstellung des regelmäßigen diplomatischen Verkehrs mit den Tuilerien. Die Gesandtschaft wird zu denselben Range wie in London und Petersburg erhoben und durch einen Gesandten mit drei Secretairen besetzt werden.

Paris, 5. März. Der heutige „Moniteur" enthält einen Bericht des Justizministers Delangle über Mirès. In demselben heißt es: Dem Kaiser seien Gerüchte bekannt geworden, daß Mirès durch Protection gerettet werden solle und daß die Regierung den Scandal unterdrücken werde. Der Justizminister fügt hinzu, man könne nicht glauben, daß man eine ehrenhafte Regierung für fähig halte, sie werde einen Schleier über eine Handlung werfen, die dem Strafrechte unterliegt. Die Instruktion des Prozesses wird mit Sorgfalt geführt. Delangle erklärt schließlich, die Gerechtigkeit werde einschreiten, wenn solche Beschuldigungen wider Erwarten nicht aufhören sollten.

London, 4. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses griff Hennessey die sardinische Politik, Layard die päpstliche Regierung an. Bowyer schlägt vor, daß Frankreich und England für die über Italien zu fassenden Beschlüsse verantwortlich. Die Discussion wird vertagt.

Preußen.

Landtag.

K. C. **20. Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 5. März.** Präsident Simson eröffnet die Sitzung 10¼ Uhr bei nur spärlich besetztem Hause. Am Ministertische: v. d. Heydt, v. Patow und zwei Regierungskommissarien. Die Tribünen sind ziemlich besucht. In der Hofloge erscheint bald nach Anfang der Sitzung der Kronprinz.

Der Bericht der Budget-Commission über die Etats der Domainen- und Forstverwaltung wird meist nach den Anträgen der Commission erledigt; bei dem Antrage wegen einer umfassenden Einführung fixirter Betriebszeiten, bei den hochwaldbetrieben der Forsten erhebt sich eine längere Discussion; bei welcher die Abgg. Carl v. Wedell (Nordhausen), v. Fock, Reichensperger (Geldern) und Dyhrn, sowie der Finanzminister und der Reg.-Commissar erklären sich gegen den betreffenden Antrag der Commission, die Abgg. Krause und Osterrath für denselben.

Vom Ministertische wird nachgewiesen, daß sowohl die Annahme falsch sei, die Verwaltungskosten betrügen 50 pCt. der Brutto-Einnahme, wie auch die, daß die 120jährige Umtriebszeit die Regel sei; dieselbe sei vielmehr Ausnahme; der Finanzminister bezeichnet den Antrag als ein Tadelsvotum, welches die Verwaltung nicht verdient habe; die staatliche Forstverwaltung müsse nach anderen Rücksichten verfahren als die privatliche; nichts sei leichter, als für die nächsten zehn Jahre eine bedeutende Mehreinnahme zu erzielen, aber es komme darauf an, auf ein Jahrhundert hinaus sich constante Einnahmen zu sichern. Der Antrag wird abgelehnt. Ebenso wird abgelehnt der Commissions-Antrag wegen Verpachtung der zur landwirthschaftlichen Benutzung vorzugsweise geeigneten Forstgrundstücke als Acker- resp. Wiesen-Grundstücke. Die anderen Anträge werden angenommen.

Es folgt die Generaldiskussion über sämmtliche Grundsteuer-Vorlagen, vorbehaltlich der Generaldiskussion über jede einzelne Vorlage.

Abg. Wagener: Die diesmaligen Grundsteuervorlagen zeigen Verbesserungen gegen die früheren, die Regierung sage bestimmter, was sie wolle, der Ertrag der Steuer werde näher präzisirt, die früher beliebte Ausgleichungsmethode sei verlassen und die Gesetz-Entwürfe sollen nicht mehr successive, sondern gleichzeitig ins Leben treten. Als Termin der Ausführung sei der 1. Januar 1865 bestimmt; und gerade dies habe seinen Beifall, da die früher behauptete Zusammengehörigkeit der Grundsteuerfrage mit der Militärfrage hierdurch das kräftigste Dementi erhalte. Die Situation sei ferner dadurch verändert, daß das Herrenhaus wie im vorigen Jahre der Aufhebung der Grundsteuerbefreiung zugestimmt habe und jetzt dort ein Vorschlag hervorgetreten sei, welcher das Bedürfniß nicht blos sofort, sondern auch besser und gerechter befriedige. Dieser Vorschlag habe auch in den Kreisen des Liberalismus außerhalb dieses Hauses Beachtung gefunden (Gelächter und Widerspruch rechts) — „nun, m. H., lesen Sie die „Voss. Z." Nach der Regierungsvorlage habe man die Aussicht, den Zuschlag zur Klassen- u. s. w. Steuer von 5 pCt. noch 4 Jahre zu behalten. Er und seine Freunde müßten auf ihrem frühern Standpunkt beharren, weil die Grundsteuer in national-ökonomischer Hinsicht die schlechteste Steuer sei; weil dieselbe bewegliches und unbewegliches Eigenthum und den Kapitalbesitz mit verschiedenem Maße messe, weil dieselbe nicht blos, was dem Eigenthumer gehört, sondern auch, was ihm nicht gehört, besteuere; weil sie einen einzigen Stand vorzugsweise treffe; weil endlich bei der neuen Militär-Organisation das Grundvermögen die letzte Reserve, gewissermaßen den Staats-Schatz für mögliche Kalamitäten bilde. — Die Vorlagen seien voll Widerspruch; man bestreite die Renten-Natur, um die Steuer einführen zu können, und gebe zugleich die Entschädigung in solcher Weise. Es sei (nach dem Ausspruch eines geistreichen Franzosen) eine echt konstitutionelle Steuer, weil sie auf keinem Prinzip beruhe und Niemanden befriedige. — Finanziell werde man nicht erreichen, was man wolle. Den Vorlagen läge die Voraussetzung zu Grunde, daß wir noch vier Jahre Frieden behalten würden. Aber bei dem ersten Kanonenschuß falle das Projekt ins Wasser. Man habe es mit einer Maßregel zu thun, bei deren Ausführung dem Finanzminister ein weiter Spielraum gegeben sei. Es gehöre also ganz besonders persönliches Vertrauen zu dem jetzigen Finanzminister, und man könne ihm und seinen Freunden nicht verargen, daß sie ein besonderes Vertrauen zu ihm nicht hätten, aber auch abgesehen davon, habe man denn die Garantie, daß Hr. v. Patow noch vier Jahre Finanzminister bleiben werde? Wenn auch das Feuer unter seinem Stuhle noch nicht hell brenne, so habe man doch ab und zu schon Rauch wahrnehmen können. (Heiterkeit). — Die Veranlagungsgrundsätze kämen ihm vor wie die zierlichen Geländer von Eisenbahnbrücken; dieselben seien beruhigend für unerfahrene Passagiere, aber gar kein Hinderniß für die Lokomotive; so böten jene Instruktionen dann dem Minister die Möglichkeit, sie zu durchbrechen und zu ändern. Man hätte die Sache weit kürzer und einfacher durch ein Ans. von 2 Paragraphen reguliren können, etwa folgendermaßen: § 1. Die Grundsteuerbefreiungen sind aufgehoben, die Grundsteuer wird um 10 Mill. Thlr. erhöht, eine Gebäudesteuer wird eingeführt. § 2. Der Finanzminister ist mit Ausführung dieses Gesetzes beauftragt." (Heiterkeit.) Ein Verfahren, wie man es hier wolle, eigne sich nicht für Volksvertreter, deren unveräußerliches Recht es sei, die Steuern streng zu kontroliren." Es wäre besser gewesen, die Veranlagung der Bewilligung vorausgehen zu lassen, da das Gesetz doch erst am 1. Jan. 1865 ins Leben treten solle; da werde aber die Regulirung wohl sehr an Freunden verlieren. Jetzt, wo die Erhöhung auf 10 Mill. fixirt sei, habe die Regierung ein weit geringeres Interesse an einer gerechten Veranlagung. Man sei in diese Situation hineingekommen, weil die Regierung von falschen Vordersätzen ausgegangen sei, nämlich von der Annahme, daß die westlichen Provinzen überbürdet seien; diese Annahme werde man bei der Veranlagung auch wohl festhalten. — Zu glauben, daß man gesichert sei vor künftigen Erhöhungen trotz der jetzigen Fixirung, sei Illusion. Man habe die Sache im Westen als Agitationsmittel benutzt; doch werde die Agitation jetzt wohl schwinden, wenn die Leute einsähen, daß man ihnen nichts schenke, daß sie im Gegentheil noch mehr bezahlen sollten. Der Apparat der General-Kommissionen werde wieder hervorgesucht werden müssen und der Gegensatz zwischen großem und kleinem Grundbesitz sich geltend machen, wenn Beide gleich besteuert würden, während der große Grundbesitz Entschädigung erhalte, der kleine aber nicht. Das gelte namentlich für Schlesien. Man rufe dadurch eine bedenkliche Agitation hervor. Er (Redner) möchte sich mit den Resultaten des Gesetzes zufrieden geben, wenn nur die Veranlagungsarbeiten vermieden würden; eine bloße Aufhebung der Befreiungen ohne Entschädigung erscheine ihm fast vortheilhafter als dieses Gesetz; denn gegen den Wegfall der Entschädigung stände dann die Vermeidung der Erhöhung. Er und seine Freunde würden gegen die Vorlagen stimmen, um sich den Ruhm einer konsequenten politischen Haltung zu bewahren; er warne auch die Liberalen, durch Annahme der Vorlagen die Existenz ihrer Partei nicht in Frage zu stellen. (Gelächter rechts.)

Abg. Reichensperger (Geldern): Die Regierung habe von Jahr zu Jahr der Partei des Vorredners mehr Concessionen gemacht; der Widerstand jedes Jahres wurde mit einer Prämie belohnt; das bedauere er tief; er sei aber überzeugt, schließlich werde der Widerstand die Früchte erndten, die er verdiene. — Die Behauptung der Ueberbürdung der westlichen Provinzen, früher bestritten, sei nun aktenmäßig konstatirt und von der Regierung seit zwei Jahren anerkannt, anerkannt in dem früheren Vorschlage einer Herabsetzung für die westlichen Provinzen. Nun solle nicht mehr herabgesetzt werden, sondern der jetzige Zustand fortdauern bis 1865. Die Entschädigung dagegen solle in 4½proc. Papieren erfolgen, während selbst das Ministerium Manteuffel 1852 nur 4procentige habe bewilligen wollen. Auch das Maaß der Entschädigung sei höher gegriffen, wie früher. Es begreife sich daher, daß der Vorredner die jetzige Vorlage mehr billige, als die früheren. — Die Nothwendigkeit der Ausgleichung der Grundsteuer sei eine absolute; seit dem Gesetz vom 24. Febr. 1850 sei der jetzige Zustand nur noch ein faktischer. Politische Gründe sprächen ebenfalls dafür; die Stellung des Herrenhauses sei eine völlig unhaltbare, so lange die Grundsteuer nicht regulirt sei. Ihn bestimme bei seinem Ja auch die Hoffnung, daß das Herrenhaus nun endlich zustimmen werde. — Was den vom Vorredner angezogenen (Arnim'schen) Antrag betreffe, der als „Resolution" nicht zur Cognition dieses Hauses kommen werde, so habe er die bestimmtesten Bedenken, die hoffentlich die Regierung auch dem andern Hause gegenüber geltend machen werde. Nach der Verfassung habe das Herrenhaus bei Finanzgesetzen nicht das Recht der Initiative, sondern nur der Petition d. h. nicht das Recht, formulirte Gesetzentwürfe einzubringen, sondern nur allgemeine Wünsche und Sentiments vorzutragen. Dafür wolle er die Autorität Stahl's anführen, der in seiner Rechtslehre diese Definition von Initiative und Petition bestätige. Er hoffe, die Regierung werde bei Berathung des betreffenden Antrages einem Conflict vorzubeugen wissen, der sonst gewiß entstände.

Abg. Schwenzner: Er sehe kein Heil in der Grundsteuer, aber in der Regulirung auch keine Ungerechtigkeit. Die westlichen Provinzen seien übrigens nicht überbürdeter, als die schlesische, und dabei habe man am Rhein eben den Rhein, in Schlesien nur die versandete Oder. Zu Ihnen kommt alle Welt, aber wer kommt zu uns? (Große Heiterkeit.) Geben Sie uns nur 60 Prozent von Ihren Vortheilen, und wir werden gern noch mehr Steuern zahlen. Man solle aber diese Vergleiche lassen; es komme darauf an, daß Alle gleichmäßig zu den Steuern beitrügen. — Im Einzelnen müsse er für Schlesien, speziell für den Regierungsbezirk Breslau bemerken, daß die Dominien nicht weniger Grundsteuer bezahlten, als die Bauern; jene zahlten durchschnittlich 5 Sgr. für den Morgen, diese 5½ Sgr., also 6 Pfennige mehr; es müsse aber berücksichtigt werden, daß bei den Dominialbesitzungen 400,000 Morgen Wald seien; diese abgezogen zahlten die Dominien für den Morgen Ackerland 5 Sgr. 11 Pf. Ueberbürdungen finden in Schlesien allerdings statt, und zwar bei den Häuslern; diese bezahlten 1 Thlr. pro Morgen, und nach der Einführung der Gebäudesteuer würden sie nur 4 Sgr. zahlen. Die kleinen Leute würden also gewinnen; in der Beziehung müßte er dem Abg. Wagener widersprechen. — Ferner sei für die Behörden mit den jetzigen Katastern nicht mehr auszukommen, die zum Theil aus dem vorigen Jahrhundert stammten und unbrauchbar seien; auch deshalb sei eine Regulirung der Grundsteuer nöthig, weil man damit neue Kataster bekomme. — Endlich werde er für die Gebäudesteuer stimmen, weil jetzt die kleinen Städte gegen die großen überbürdet seien. — Mit den Militärvorlagen hänge die Grundsteuer nicht zusammen.

Minister v. Auerswald ist eingetreten.

Abg. Riedel: Die Herren, welche sich als die Vertreter des historischen Rechtes gerirten, hätten die Geschichte eines halben Jahrhunderts ignorirt. Der Abg. Wagener sei für alle seine Behauptungen den Beweis schuldig geblieben. Daß die Grundsteuer sehr beliebt sei, werde von Niemand behauptet, aber gebe es eine Steuer, welche keinen Tadel gegen sich vorbringen lasse, welche nach allen Richtungen hin vortrefflich sei? Der Abg. v. Berg habe im vorigen Jahre gesagt: Die schlechteste Steuer sei immer die, welche man selbst bezahlen müsse; das sei richtig. Er (Redner) hoffe, daß die Kriegslast allerdings gleichmäßig getragen werde, und da sei die erste Bedingung, daß der Grundbesitz möglichst gleichmäßig herangezogen werde. Der Abg. Wagener habe darauf hingewiesen, daß dem Bedürfnisse leicht abgeholfen werden könnte durch Annahme des Antrags im andern Hause, daß also der politische Grund für die Grundsteuer-Regulirung wegfalle, da man ja die Heeresreform als Zweck für die Steuer hinstelle. Dieser Gegenantrag sei der bedenklichste, welcher der Regierungsvorlage jemals entgegengestellt sei. Die entschiedene Ungerechtigkeit des jetzigen Zustandes fortbestehen lassen dürfe keine Regierung, welchem Systeme sie auch huldige. Wenn der Abg. Wagener gemeint habe, daß die Agitation für die Grundsteuer-Regulirung von selbst aufgehört habe, und zwar weil man in den westlichen Provinzen selbst einsehe, wohin man komme, so sei darauf einfach zu erwidern: glücklicher Weise haben sich die Dinge in unserem Lande so gestellt, daß die Parteien, die überhaupt den Fortschritt wollen, heute wetteifern für das Gemeinwohl, gegen diejenigen, welche nur ihre alterthümlichen Vorrechte aufrecht erhalten wollen (v. Vincke: sehr gut), und darum sei die Agitation nicht mehr so nöthig. Aber vergessen möge man nicht, daß an eine Ungerechtigkeit, wie die der Grundsteuer, in kriegerischen Zeiten sich leicht eine Umsturzpartei knüpfen könne, deshalb müßten die jetzigen Zeiten benutzt werden, die Quelle des Haders zu verstopfen. Je wichtiger es sei, desto nöthiger sei es, eine Quelle dauernden Haders in Beziehung auf öffentliche Lasten zu beseitigen. Man möge bedenken, welchen Eindruck in den Nachbarlanden die Behandlung dieser Frage bei uns machen würde. In allen kleinen Staaten Deutschlands habe man die Junkerpartei mit leichter Mühe überwunden; es gebe keinen deutschen Staat mehr, der diesen Sieg nicht zu erkämpfen vermochte, und die preußische Regierung allein ringe schon lange vergebens mit dieser kleinen Partei, um endlich einmal Gerechtigkeit in der Vertheilung der Grundsteuer herbeizuführen. Ob dies unser Ansehen im Auslande verstärken könne, das zu beurtheilen überlasse er jedem. Was nützen Militärvorlagen, so lange das Ansehen unserer Staatsgewalt im Auslande in so trauriger Weise untergraben werde, da wir die einfachsten Grundsätze der Gerechtigkeit bei uns selbst nicht durchzuführen vermögen. Ein Hausvater, der nicht bei sich Ordnung schaffen könne, dürfe nicht im Nachbarhause auf Autorität rechnen. In einem Staate, wo ein Zoller regiere, dürfe ein solcher Zustand am wenigsten vorkommen. (Bravo.)

Was das Dementi der Zusammengehörigkeit der Militär- und Grundsteuerfrage angehe, von dem der Abg. Wagener gesprochen, so sei derselbe bei der Lektüre der Vorlage wohl nicht bis Seite 118 gekommen, wo das gerade Gegentheil erklärt sei. — Der Grundbesitz solle nicht die Wehrkosten allein tragen, aber auch nicht allein frei ausgehen. Kein Finanzminister würde fortan vor das Haus treten und die Wehrkosten fordern, ohne die Grundsteuer mit heranzuziehen. Seit Jahren seien neue Steuern eingeführt seien die alten erhöht; die Grundsteuer allein sei, zum Theil bis auf 200 Jahre zurück, nicht verändert, trotzdem der Werth des Grund und Bodens so bedeutend gestiegen. Die Mißverhältnisse müßten erst beseitigt werden. Mit gleichen Schultern seien die Lasten zu tragen. Die Grundsteuerfrage habe schon ihr Jubiläum überlebt; endlich müsse sie aus der Welt. Er seinerseits sei entschlossen, künftig keine Entschädigung mehr zu bewilligen; „spielen Sie gegen uns den Tarquinius Superbus, so werden wir uns die Sibylle zum Muster nehmen." Was den Widerstand gegen die Vorlagen an einer anderen Stelle betreffe, so hoffe er, die Regierung werde für eine Umgestaltung sorgen, die eine Majorität schaffe, welche die ihre sei. (Br. rechts).

Abg. v. Richthofen: Der Grundsteuerfrage müsse in Preußen endlich ein Ende gemacht werden. (Im Hause herrscht große Unruhe und allgemeine Unaufmerksamkeit; Vicepräsident Grabow, welcher den Vorsitz übernommen hat, setzt die Glocke häufig in Bewegung. Die Privatunterhaltung übertönt zuletzt fast den Redner). —

Abg. v. Blanckenburg: Es habe ihn überrascht, noch heute wie vor 10 Jahren den Vorwurf zu hören, daß die Junkerpartei an dem Nichtzustandekommen der Grundsteuer Schuld sei; das sei doch ein Standpunkt, den man endlich aufgeben solle. Er müsse Protest dagegen einlegen, daß man an die Grundsteuer einen Maßstab der Vaterlandsliebe anlege; er (Redner) ehre den König und liebe das Vaterland, und werde doch gegen die Vorlagen stimmen. — Wer sei denn Schuld, daß die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen im vor. Jahre nicht ausgeführt worden sei? Beide Häuser hätten das bezügliche Gesetz votirt, und man hätte durch Ausführung des Gesetzes dem Art. 101 der Verfassung genügen können; von Regulirung stehe nichts darin. Man müßte freilich den unglücklichen Gedanken der Ausgleichung fallen lassen; erst dann werde der Frieden einkehren. Wie Provinz gegen Provinz sich als überbürdet geberde, habe man erst jüngst bei der Einkommensteuer gesehen. Die Drohungen, die hier laut geworden, betrachte er als blinde Schüsse: er fürchte nicht die Aufhebung der Befreiung ohne Entschädigung; eine solche Maßregel sei ihm lieber als die Ausgleichung durch die ganze Monarchie. Er werde gegen die Vorlage votiren, um von dem Lande eine große Kalamität abzuwenden, und zu verhindern, daß der Baum der Büreaukratie nicht einen neuen Zweig ansetze.

Abg. Graf Oriolla bemerkt gegen seinen Landsmann, den Abg. Schwenzner: Auch in Schlesien scheine die Sonne und manches andre sei da zu finden, als nothdürftiges Hosenzeug à la Schwenzner. (Schallendes Gelächter.)

Präsident Simson übernimmt wieder den Vorsitz. Die Minister v. Roon und v. Bethmann-Hollweg sind eingetreten.

Finanzminister Frhr. v. Patow: Er könne dem vorletzten Redner nur dankbar sein, daß derselbe angegeben, welche Reformen von ihm zu erwarten seien, wenn es ihm vergönnt sein sollte, an dieser Stelle zu sitzen. Auf eine Vergleichung der Vorschläge wolle er nicht näher eingehen, um nicht oft Gehörtes zu wiederholen. Zwei Redner hätten heute von dem Zusammenhange dieser Vorlage mit der Militär-Organisation gesprochen; der eine habe sich gefreut, daß die Regierung diesen Zusammenhang selbst desavouirt habe, der andere habe darüber geklagt, daß sie den Zusammenhang noch festhalte. Ein Zusammenhang lasse sich allerdings erkennen. Man müsse bei der Grundsteuervorlage zwei verschiedene Fragen unterscheiden. Die Vorlage enthalte eine Ausgleichung der Steuer und eine Erhöhung derselben. Die erste Frage habe mit der Umgestaltung des Heerwesens keinen direkten Zusammenhang. Die Regierung halte es für ihre Pflicht, dieser Frage näher zu treten und mit allen Mitteln der Erledigung zuzuführen, auch wenn niemals an eine Umgestaltung des Heerwesens gedacht wäre und wenn wir in Ueberschüssen schwelgten. Kein Finanz-Minister werde sich der Lösung dieser Frage entziehen können. Das zweite Moment für die Erhöhung der Grundsteuer und zwischen dieser und der Umgestaltung des Heerwesens sei allerdings ein näherer Zusammenhang. Durch die erhöhten Ausgaben für das Heerwesen sei ein Defizit in der Staatskasse entstanden. Dieses Defizit dürfe nicht zu einem dauernden werden; es könne nicht genügen, vorübergehende Quellen zu suchen, wenn das wohlgeordnete Finanzwesen des Staats nicht gefährdet werden solle. Die Staatsregierung gehe davon aus, daß diese dauernde Einnahme gerecht nur durch die Erhöhung der Grundsteuer erzielt werden könne. Andere Vorschläge seien nicht gemacht worden. Das Gebiet der direkten Steuern sei in den letzten Jahren schon gehörig kultivirt und werde in diesem Jahre hoffentlich noch mehr kultivirt werden. (Heiterkeit.) Dies sei von allen Seiten anerkannt (v. Vincke: ja wohl!). Es bleibe also nur die Grundsteuer übrig, und dabei sei, dessen sei die Regierung gewiß, der Druck ein geringerer, als bei jeder anderen ähnlichen Maßregel. Mit einem fortlaufenden Defizit lasse sich nicht wirthschaften. Wer also das nicht wolle, wer die Militärmaßregeln nicht rückgängig machen wolle, dem bleibe kein anderer Ausweg übrig, als den Regierungs-Vorschlägen, der Erhöhung der Grundsteuer seine Zustimmung zu geben, und weil eine Erhöhung ohne Regulirung nicht möglich sei, so müsse er auch für diese stimmen. Das sei der Standpunkt der Regierung und die Verbindung zwischen dieser Vorlage und der Militär-Organisation.

Abg. Schellwitz: Er habe die Ehre, an der Spitze einer General-Kommission zu stehen, und er freue sich — nach den Aeußerungen des Abg. Wagener — daß er dabei weder mit diesem noch mit dessen Freunden Geschäfte habe,

Abg. Duncker (Berlin): Seinen Standpunkt habe er im vorigen Jahre auseinandergesetzt und er beschränke sich auf wenige kurze Bemerkungen. Daß und in welcher Weise alle geschichtlichen Völker die Grundsteuer gekannt, wolle er nicht auseinandersetzen, und er erinnere den Abg. v. Blanckenburg an die Vorlesungen, die sie gemeinschaftlich bei Savigny gehört. Die Gebäudesteuer wolle der Abg. stehen lassen, dafür müsse man ihm also dankbar sein; zugleich könne er Herrn Schwenzner beruhigen, welcher meinte, die Stadt Berlin sei in der Gebäudesteuer bevorzugt und müßte eigentlich 400,000 Thlr. Grundsteuer zahlen. Berlin, welches trotz der neuesten Annexionen noch nicht, wie Hr. Schwenzner glaube, 600,000 Einwohner zähle, werde nach dem neuen Gesetze mit etwa 360,000 Thlr. besteuert werden. Zugleich beruhige er den Finanzminister wegen des Ertrages der Gebäudesteuer; derselbe werde weit höher sein als veranlagt worden. (Große Heiterkeit.) Wenn jene Herren (links) die Aufhebung der Befreiungen ohne Entschädigung so gern wollten, nun, er und seine Freunde würden gar nichts dagegen haben; da sie ja nur aus dem einzigen Grunde für die Entschädigung stimmten, um die große Maßregel endlich zur Ausführung zu bringen. Den Art. 101 der Verfassung, welcher jede Bevorzugung aufhebt, empfehle er Herrn v. Blankenburg zur weitern Erwägung, da werde er schon finden, daß auch die Regulirung darin enthalten sei. Endlich hoffe er, daß die Minister dasjenige, was von dem Finanzminister der Zukunft gesagt worden — derselbe werde nämlich die widerspenstigen Räthe seines Ressorts nach den entfernten Winkeln des Landes versetzen oder gar entfernen — auch auf ihre jetzigen Räthe anwenden würden. (Bravo und Heiterkeit.)

Die General-Diskussion ist damit geschlossen.

Berichterstatter Abg. Burghardt: Eine Regierung, welche sich zu den Grundsätzen von 1810 bekenne, werde auch das Vermächtniß von 1810 übernehmen; das werde ihr keine Last sein. Die Kommission habe die vorliegende Frage nicht als Sache des persönlichen Vertrauens zu dem Finanzminister behandelt, sondern in dem Sinne, daß es sich um die Zukunft unseres Vaterlandes handle. Von diesem Gesichtspunkte aus möge auch das Haus dieselbe auffassen. — Man sage, beim ersten Kanonenschuß werde dies Grundsteuerprojekt ins Wasser fallen. Meine Herren, ich fürchte, beim ersten Kanonenschuß werden Sie mit beiden Händen nach dieser Vorlage greifen; dann aber werden Sie nicht die milden Seiten mehr, nur die Schärfen um so mehr zu kosten bekommen (Sehr gut! rechts.). — Der Vorschlag, erst die Veranlagung zu machen und dann die Bewilligung auszusprechen, sei nur eine Ausrede; wie könne man drei Millionen ins Blaue verausgaben? — Die Gegner sagten auch wohl, die Grundsteuer sei nicht für Staatszwecke, wohl aber fur Kommunalzwecke geeignet, und danach verfahre man in England; dagegen müsse er jedoch bemerken, daß in England Vieles in den Kommunalsteuern stecke, was bei uns leider dem Staat zur Last falle (sehr richtig!). — Man spreche von „Aussaugen" des Grundbesitzes. Gegen das Gewerbe u. s. w. werde der Grundbesitz wahrlich doch „mit Sammethandschuhen" angefaßt, wenn man jetzt endlich die Grundsteuer von 8 auf 10 Millionen erhöhe. —

Die Gegner der Grundsteuer sprächen auch hierbei warnend von einer Verstärkung der Büreaukratie; diese Abneigung gegen die Büreaukratie sei ihm

lange fremd gewesen, aber endlich sei ihm die Aeußerung eines hervorragenden Mitgliedes dieser Partei in die Hände gekommen, „die Büreaukratie sei den Anwandlungen der liberalen Ideen ausgesetzt" (Heiterkeit), da sei's ihm wie Schuppen von den Augen gefallen; „die Büreaukraten sind für Sie unsichere Passagiere, darum wollen Sie nichts mit ihnen zu thun haben." (Heiterkeit.) — Und wenn von Selbstverwaltung die Rede sei, so müsse er doch erinnern, daß erste Bedingung der Selbstverwaltung nicht blos sei, daß man selbst verwaltet, was man bezahlt, sondern auch, daß man, was man verwaltet, auch selbst bezahlt (sehr gut! rechts).

Die Debatte wird um 3 Uhr auf morgen vertagt; die morgende Sitzung findet auf Wunsch der Regierung erst um 12 Uhr statt.

Berlin, 5. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Liegnitz getroffenen Wahl gemäß, den Gerichts-Assessor Gobbin zu Ratibor, welcher gleichzeitig zum Stadt-Syndikus gewählt worden ist, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Liegnitz, und der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Bonn getroffenen Wahl gemäß, den Rentier Peter Innocenz Eller daselbst als vierten unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Bonn, jeden für die gesetzliche sechsjährige Amtsdauer, zu bestätigen.

Der königl. Eisenbahn-Baumeister Redlich zu Crefeld ist in eine etatsmäßige Eisenbahn-Baumeister-Stelle bei der Ostbahn versetzt worden. Der Baumeister Schorß zu Küstrin ist zum königl. Eisenbahn-Baumeister ernannt und demselben eine etatsm. Eisenbahn-Baumeister-Stelle bei der Ostbahn verliehen worden.

Der Privatdocent an der hiesigen königl. Universität und bisherige Oberlehrer an der berlinischen Gewerbeschule, Dr. J. Hanstein, ist zum Custos des königl. Herbariums hierselbst ernannt worden. An der Realschule zu Stralsund ist dem ordentlichen Lehrer Dr. Kruse das Prädikat „Oberlehrer" beigelegt worden.

Die Ernennung des Kreisgerichts-Raths Ferber zu Züllichau zum Rechtsanwalt in Inowraclaw und zum Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Bromberg ist auf seinen Antrag zurückgenommen worden. Der Rechtsanwalt und Notar Leist zu Rössel ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Mohrungen, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Preußisch-Holland, versetzt worden. Der Rechtsanwalt und Notar Geisel zu Suhl ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Eisleben, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, versetzt worden.

Unter Verleihung des Notariats im Departement des Appellationsgerichts zu Naumburg sind ernannt: der Staatsanwalt Wilde in Glogau zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Naumburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Weißenfels, und mit der Verpflichtung, statt seines bisherigen Titels „Staatsanwalt" fortan den Titel „Justizrath" zu führen, der Gerichts-Assessor Herold in Erfurt zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Naumburg a. S., mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wiehe, der Gerichts-Assessor Steinbach in Querfurt zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Sangerhausen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Roßla. (St.-A.)

Rußland.

Warschau, 3. März. [Das gestrige Leichenbegängniß] ist (wie schon gemeldet) ohne alle weitere Störung der Ruhe verlaufen. Die mehrerwähnte Bürger-Deputation der Stadt hat darüber heute Folgendes bekannt gemacht:

„Gestern hat das Begräbniß der am Mittwoch gefallenen Opfer stattgefunden, gestern hat die ganze Bevölkerung bewiesen, daß sie begreift, was ihre Pflicht gegen das Land ist; Jeder hat sie erfüllt, Jeder ohne Unterschied. Durch ein und dasselbe Gefühl verbunden, haben wir den Gefallenen den Abschiedssegen gegeben. Brüder! Dieses Pflichtgefühl möge auch ferner in jedem Augenblick uns leiten."

Der landwirthschaftliche Central-Verein hat seinerseits noch gestern folgende, von seinem Präsidenten Grafen Andreas Zamoyski und seinem Secretär Wladislaus Garbinski unterzeichnete Danksagung publicirt:

„Im Namen aller Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins dankt das Comite des Vereins euch, edle akademische und Schul-Jugend, für eure eifrige Mitwirkung zur Erhaltung der Ordnung bei der heutigen traurigen und so feierlichen Ceremonie der Bestattung der irdischen Ueberreste der am 27. d. gefallenen Opfer, unter denen sich auch einige Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins befanden. Ihr habt durch euer Verhalten alle die Eigenschaften gezeigt, welche für die Zukunft aus euch würdige und nützliche Bürger des Landes machen werden, das wir mit euch von ganzer Seele lieben und dem zu dienen eines Jeden heilige Pflicht ist."

Dem „Kuryer Warszawski", der sein heutiges Blatt mit der Erklärung eröffnet, daß er gestern „der nationalen Trauerfeierlichkeit wegen" nicht erschienen sei, bringt heute als ersten Artikel, mit einem Kreuz an der Spitze, eine Beschreibung des Leichenbegängnisses, welche mit den Worten beginnt: „Schwere Schmerzensthränen, Thränen trauriger Erinnerungen weihten die gestrige Ceremonie, welche in musterhafter Ordnung und mit religiöser, einem so großen Begängniß entsprechender Feierlichkeit stattfand." Das Blatt nennt dann nochmals die Namen der fünf Gefallenen, welche gestern beerdigt worden, indem es berichtigend hinzufügt, daß vorgestern irrthümlich der Name des Technikers Witte unter diesen aufgeführt worden, statt dessen nun Adamkiewicz genannt wird. Vier der Leichen waren, diesem Bericht zufolge, vorgestern vom Hotel de l'Europe, die fünfte (die des Schülers Michael Arcichewicz) aus der Wohnung des Grafen A. Zamoyski nach der Kreuzkirche gebracht worden. So lange die Särge dort aufgestellt waren, strömten Tausende von Menschen nach dem Gotteshause. Gestern wurde daselbst vom Erzbischof Fijalkowski ein Todtenamt gehalten, bei welchem die Zöglinge des hiesigen Musik-Institutes im Verein mit den Sängern der Oper ein Requiem von Stefani unter dessen Leitung ausführten. Als der Bischof den Segen gesprochen hatte, setzte der Leichenzug sich, unter Führung des Erzbischofs Plater, in der Ordnung, wie das (gestern erwähnte) Programm es festgestellt hatte, in Bewegung. Die ganze Geistlichkeit, ohne Unterschied der Confessionen, nahm daran Theil, und der Zug des Leichengefolges war unabsehbar. Zu beiden Seiten der Linie, welche der Leichenzug nahm, hatte sich eine dichte Volksmenge aufgestellt, doch kam nicht die geringste Störung der Ordnung vor. Die Spitze des Zuges bildeten 4 Mann von der Feuerwehr mit ihrem Brandmeister zu Pferde, und hinter diesem ritt der neue Polizeipräsident Generalmajor Marquis Paulucci, der überall vom Publikum achtungsvoll begrüßt wurde. Unter einer Trauermusik mit Gesang fand die Beerdigung auf dem vor der Stadt gelegenen Powonsker Kirchhofe statt.

Der Staatssekretär beim Administrationsrath des Königreich Polen, Wirkliche Staatsrath Karnicki, ist nach St. Petersburg abgereist. (Pr. Z.)

[Zur Ergänzung bisheriger Mittheilungen.] In dem mit obrigkeitlicher Bewilligung gebildeten Sicherheits-Ausschuß ist die Geistlichkeit durch den P. Wyszynski und den namentlich durch seine Bestrebungen für die Herstellung eines Gesellenvereins bekannten P. Stecki, — die weiland polnische Armee durch den General Lewinski, die Kaufmannschaft durch ihren Aeltesten Xaver Schlenker, sowie durch die Bankiers L. Kronenberg und M. Rosen, — die Literatur durch die Chefredakteure der beiden größeren Blätter, J. J. Kraszewski und J. König, — die Kunst durch K. Bayer, die Medizin durch Dr. Chalubinski, die übrige Bürgerschaft durch ein paar unbekannte Namen vertreten.

Der General-Kriegsgouverneur General-Adjutant Paniutin hatte folgenden Erlaß bekannt gemacht:

„Trotz der Warnung vom 26. richteten sich die Einwohner nicht nach den Anordnungen der Polizei. Am 27. gingen die Massen auf ihre Aufforderung nicht auseinander. Ein Kosakenposten auf der Krakauer-Vorstadt wurde mit Steinen geworfen und eine Infanterie-Patrouille vor dem Malcz'schen Hause war beim Zurückweisen heftiger Würfe genöthigt, sich durch einige Schüsse den Weg zu bahnen. Im Auftrage der höhern Behörden werden die Einwohner daher wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß alle Versammlungen auf den Straßen streng verboten sind, und der ersten Aufforderung der Polizei zu gehorchen ist, widrigenfalls man sich der ganzen Strenge des Gesetzes aussetzt und traurige Folgen sich selbst zuzuschreiben hat."

Dieser Erlaß des Generals Paniutin gefiel begreiflicher Weise den Polen nicht. Die Deputationen, welche von Seiten des landwirthschaftlichen Vereins und der Stadt an den Statthalter Fürsten Gortschakoff gesandt wurden, stellten sehr bestimmte Forderungen. Kaufmann Schlenker, Sprecher der städtischen Deputation, fing seine Anrede also an: „Hoheit! Im Namen der Stadt habe ich die peinliche Pflicht, Ihnen zu sagen, daß wir schlecht regiert sind, daß diejenigen, welche an der Spitze der städtischen Behörden stehen, unser Vertrauen nicht besitzen und daß sie durch andere ersetzt werden sollten". Die Deputation verlangte die Absetzung des Polizeimeisters und des Generals Zabloskoj, welcher Letztere hatte schießen lassen, so wie ihre Stellung unter ein Kriegsgericht wegen begangenen Mordes, Freilassung der bei dieser Gelegenheit Verhafteten, Rückzug des Militärs und der Polizei, völlig freie Hand für das Begräbniß der Gefallenen und die Erlaubniß, eine Adresse an den Kaiser unterzeichnen zu dürfen, um der Stimmung des Landes einen Ausdruck zu geben. Alle Forderungen wurden bewilligt, die Ueberwachung der Ruhe und Ordnung der studirenden Jugend übergeben. Der Erlaß des Fürsten Gortschakoff zeigte schon die Unsicherheit, die in Folge der gemachten Concessionen in seine Haltung gekommen.

[Die Namen der Gefallenen.] Die Bestattung der am 27. Febr. Gefallenen fand am 2. März statt. Die halbe Stadt bildete den Trauerzug. Für die Gefallenen, d. h. zu Denkmälern, zum Begräbniß und für die Hinterbliebenen derselben wird beim Kaufmanns-Aeltesten Schlenker gesammelt, und es waren bereits zehntausend poln. Gulden (etwa 1600 Thlr.) eingegangen. Am Begräbnißtage war ein vollständiger Feiertag; kein Amt, keine Behörde, kein Geschäft, kein Laden, kein Vergnügungslokal offen: in Trauerkleidung betheiligte sich Alles an der Beerdigung. Die Namen der fünf Gefallenen sind: Marcel Karczewski, Gutsbesitzer, 56 J. alt, aus dem Kreise Sjeradz; Zdzislaw Rutkowski, 23 J. alt, Gutsbesitzer aus Jaszowice, Gouv. Radom; Techniker Witte, Franzose, beim Brückenbau beschäftigt gewesen; Karl Brendel, Arbeiter in den Eisenwerkstätten, und der Schüler Michael Arcichiewicz. (Statt des französischen Technikers Witte wird jetzt der Name Adamkiewicz genannt; eine Personenverwechslung läge vor. Die für die Verwundeten und Hinterbliebenen eingegangenen Summen beliefen sich, einer andern Nachricht zufolge, schon auf 15,000 Rubel; man rechnete auf einen Gesammt-Ertrag von 20,000 Rubeln.)

Der Fürst-Statthalter telegraphirte die Adresse, bei deren Abfassung und Unterzeichnung sich der, zur landwirthschaftlichen Versammlung zahlreich versammelte Adel vornehmlich betheiligt hatte, sofort nach Petersburg. Die Antwort soll ungnädig ausgefallen, die Nachgiebigkeit des Fürsten getadelt, der Belagerungs-Zustand befohlen sein. Das Gerücht, daß zwei Rädelsführer erschossen werden sollten, hat sich nicht bestätigt. Viele Personen sind verhaftet.(?) Mit Spannung sehen wir den weiteren Ereignissen entgegen. (N. Pr. Z.)

Breslau, 6. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 71 ein Kübel gelber Kandis, gez. mit einem Dreieck und der Nr. 6586, 74 Pfd. schwer; Fischergasse Nr. 11 zwei braun und weiß karrirte Bettüberzüge, 2 leinene Betttücher, ein Handtuch, gez. M. W., ein Paar weiße Strümpfe, eine blaue Schürze, ein kattunener Frauenrock, ein Manns-Sommerrock, ein grauleinener Sack, ein Cochinchina-Hahn und zwei Cochinchina-Hühner, zwei Tauben und mehrere Vorlegeschlösser; Grüne-Baumbrücke Nr. 2 zwei Stück silberne Kaffeelöffel, gez. L. F. P.

Gefunden wurden: Zwei Schlüssel und ein ledernes Geldtäschchen mit Messingschloß und 26 Sgr. 9 Pf. Inhalt.

[Hundefang.] Im Laufe voriger Woche sind hierorts durch Scharfrichterknechte 8 Stück Hunde eingefangen worden. Davon wurden ausgelöst 2, getödtet 3, die übrigen 3 Stück dagegen am 4. d. M. noch in der Scharfrichterei in Verwahrung gehalten.

Angekommen: Hofdame J. M. der Kaiserin von Rußland Frau Gräfin v. Paniutin aus Petersburg. Frau Staatsrath Gräfin v. Wollkoff, Frau Wirkl. Staatsrath v. Pawloff nebst Famlilie und verw. Frau Oberst Sophie v. Lapteff und Familie aus Warschau. (Pol.-Bl.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 5. März, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 68, 05, fiel auf 67, 95 und schloß zu diesem Course matt und unbelebt. Consols von Mittags 12 Uhr waren 91¾ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 95. 4½proz. Rente 97, 70. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier 41. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 481. Credit-mobilier-Aktien 652. Lomb. Eisenbahn-Aktien —. Oesterr. Kredit-Aktien —.

London, 5. März, Nachm. 3 Uhr. Silber 61. Consols 91⅝. 1proz. Spanier 41. Mexikaner 23⅜. Sardinier 81½. 5proz. Russen 101½. 4½proz. Russen 90½. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 9½ Sch., Wien 15 Fl. 40 Kr.

Wien, 5. März, Mittags 12 Uhr 30 Min. Börse flau und geschäftslos. 5prz. Metall. 65, —. 4½prz. Metall. 56, 50. Bankaktien 733. Nordbahn 214, 50. 1854er Loose 86, 50. National-Anlehen 76, 40. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 288, —. Creditaktien 163, —. London 149, 25. Hamburg 112, —. Paris 59, 20. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 188, —. Lomb. Eisenbahn 190, —. Neue Loose 113, 50. 1860er Loose 81, —.

Frankfurt a. M., 5. März, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Oesterreichische Effekten auf wiener Course niedriger; Mainz-Ludwigshafen gefragt und höher. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 130. Wiener Wechsel 78¼. Darmst. Bankaktien 178. Darmst. Zettelbank 237. 5proz. Met. 41. 4½prz. Metall. 37½. 1854er Loose 54. Oesterr. National-Anleihe 49. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 223. Oest. Bank-Antheile 568. Oestr. Credit-Aktien 126. Neueste österr. Anleihe 54½. Oest. Elisabethbahn 123½. Rhein-Nahe-Bahn 25¼. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 101⅞.

Hamburg, 5. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Matte Stimmung, besonders für Norddeutsche Bank. Schluß-Course: National-Anleihe 50½. Oesterr. Credit-Aktien 53½. Vereinsbank 99½. Norddeutsche Bank 86¾. Diskonto 2½. Wien 114, 25.

Hamburg, 5. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco etwas weniger gedrückt, ab auswärts stille.. Roggen loco stille, ab Königsberg pr. Frühjahr vielleicht zu 78 zu kaufen. Oel stille, unverändert. Kaffee, 5000 Sack Rio schwimmend zu 6⅛ umgesetzt. Zink 1500 Ctr. Frühjahr zu 11¾, 2000 Ctr. Frühjahr 11 13/16.

Liverpool, 5. März. [Baumwolle.] 15,000 Ballen Umsatz. — Sehr fest bei höheren Preisen.

Berlin, 5. März. Die Börse war nicht eben verstimmt, ihre Haltung aber doch in fast allen Effektengattungen matter, die Geschäftslust erheblich eingeschränkt und im Laufe der Börse merklich abnehmend. Eine Ausnahme machten fast nur preußische Fonds, namentlich Pfandbriefe, die sich bis zum Schlusse beliebt erhielten und in einzelnen Emissionen kaum dem Begehr genügen konnten. Um so nachgebender waren dagegen Eisenbahn-Aktien und vor Allem diejenigen, die in der letzten Zeit durch spekulative Unterstützung eine bedeutende Courssteigerung erfahren haben. In österreichischen Effekten war das Geschäft nicht belebt, die Course stellten sich, den ungünstigen wiener Notirungen entsprechend, niedriger.

Dem Eisenbahn-Aktienmarkt fehlte heute die Anregung, der er am Ende der vorigen Woche seine mit Lebhaftigkeit steigende Bewegung verdankte. Ueberdies war Verkaufslust in dem Grade vorwiegend, als es an Kauflust fehlte. Dies trat besonders bei den Freiburgern hervor, die heute selbst 1% unter dem niedrigsten gestrigen Course mit 93 nur schwer zu lassen waren; 93¼ wurde nur Anfangs und nicht mühelos bedungen. Ebenso waren Mainzer heute kaum zu verkaufen, und nur der Umstand, daß das Geschäft in diesem Papier fast ausschließlich durch eine Hand geleitet wird, verhütete einen weiteren Rückgang; ¾% unter der höheren gestrigen Notiz mit 101¼ waren fortwährend Verkäufer und zuletzt selbst noch ½ billiger.

Der Geschäftsgang in Wechseln war träge; Holland blieb kurz ⅛ erhöht verkäuflich, ebenso Banco, von dem kurzes ⅛ gewann. London war in langer Sicht gefragt, in kurzer matt, der Disconto stellte sich von 6½—7 pCt., der niederigere Satz war schwerer zu bedingen. Paris ließ sich 1/12 ermäßigen, haben, ohne eben offerirt zu sein. Für Augsburg blieb in langer Sicht Geld, kurze Briefe zeigten sich angetragen. Petersburg wich um ⅝, Warschau um ⅛ (wie gestern) bei flauer Haltung. Bremen erhielt sich gefragt. (Bk. u. H.-Ztg.)

Berliner Börse vom 5. März 1861.

Fonds- und Geldcourse.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	101½ B.
Staats-Anl. von 1850, 52, 54, 55, 56, 57	4½	101½ bz.
dito 1853	4	97 B.
dito 1859	5	105¾ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	87½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	117½ G.
Berliner Stadt-Obl.	4½	101½ G.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	91¾ G.
dito dito	4	100¾ bz.
Pommersche	3½	90 bz.
dito neue	4	98¾ bz.
Posensche	4	101¼ G.
dito	3½	94 G.
dito neue	4	95 bz.
Schlesische	3½	89¼ bz.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96⅔ bz.
Pommersche	4	97 B.
Posensche	4	92⅝ bz.
Preussische	4	95½ bz.
Westf. u. Rhein.	4	96 B.
Sächsische	4	97 bz.
Schlesische	4	95⅞ G.
Louisdor	—	109¼ G.
Goldkronen	—	9. 4¾ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	42¾ G.
dito 54er Pr.-Anl.	4	56 G.
dito neue 100-fl.-L.	—	51¼ B.
dito Nat.-Anleihe	5	50⅞ à ⅝ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	102¼ bz. u. B.
dito 5. Anleihe	5	88¼ bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	80¾ etw. bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	85⅝ B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	90¾ bz.
dito à 300 Fl.	5	93¼ bz.
dito à 200 Fl.	—	23 G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	46⅞ etw. bz. u. G.
Baden 35 Fl.	—	29¾ etw. bz. u. B.

Actien-Course.

	Div. 1860	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	—	3½	74¾ bz.
Aach.-Mastricht.	—	4	18⅝ bz.
Amst.-Rotterdam	—	4	78¾ bz.
Berg.-Märkische	—	4	87¼ à 86¾ bz.
Berlin-Anhalter	—	4	112¾ bz.
Berlin-Hamburg.	—	4	110¼ bz.
Berl.-Potsd.-Mgd	—	4	139 B.
Berlin-Stettiner	—	4	108¾ bz. (i. D.)
Breslau-Freibrg.	—	4	93¼ bz.
Cöln-Mindener	—	3½	134½ bz.
Franz. St.-Eisenb.	—	5	127¼ bz.
Ludw.-Bexbach.	9	4	129¾ B.
Magd.-Halberst.	—	4	194¾ B.
Magd.-Wittenbrg.	—	4	33¾ B.
Mainz-Ludw. A.	—	4	101½, 102, 101¾ bz.
Mecklenburger	—	4	46½ à ¼ bz. u. B.
Münster-Hammer	—	4	93 G.
Neisse-Brieger	—	4	52½ B.
Niederschles.	—	4	95 G.
N.-Schl.-Zweigb.	—	4	— — —
Nordb. (Fr.-W.)	—	4	44½ bz.
dito Prior.	—	4½	100⅜ G.
Oberschles. A.	—	3½	124 G.
dito B.	—	3½	111 G.
Oberschles. C.	—	3½	124 G.
dito Prior A.	—	4	94 G.
dito Prior B.	—	3½	80¾ bz.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	88¼ G.
dito Prior E.	—	3½	76⅝ bz.
dito Prior F.	—	4½	94¾ à ½ bz.
Oppeln-Tarnow.	⅓	4	35¼ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	—	4	53 G.
Rheinische	—	4	80½ bz. u. B.
dito (St.) Pr.	—	4	92 B.
dito Prior.	—	4	86¼ G.
dito v. St. gar.	—	3½	81 B.
Rhein-Nahebahn	—	4	25½ bz.
Ruhrort-Créfeld.	—	3½	76 B.
Starg.-Posener	—	3½	83⅝ B.
Thüringer	—	4	103 B.
Wilhelms-Bahn	—	4	37¼ bz.
dito Prior	—	4	— — —
dito III. Em.	—	4½	85½ bz.
dito Prior St.	—	4½	72½ bz.
dito dito	—	5	80½ B.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1860	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5	4	115 G.
Berl.-Hand.-Ges.	—	4	80½ G.
Berl. W.-Cred. G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	—	4	66½ G.
Bremer „	5	4	98¾ B.
Coburg. Credit-A.	—	4	42 B.
Darmst. Zettel-B.	7⅔	4	95½ B.
Darmst. (abgest.)	4	4	71½ bz.
Dess. Creditb.-A.	—	4	13⅞ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	—	4	83 bz.
Genf. Creditb.-A.	—	4	21½ G. (i. D.)
Geraer Bank	4	4	69½ G.
Hamb. Nrd. Bank	4	4	85½ G.
„ Ver. „	4¼	4	100 B.
Hannov. „	—	4	90½ G.
Leipziger „	—	4	61½ G. (i. D.)
Luxembrg. „	—	4	80 G. (i. D.)
Magd. Priv. „	3⅔	4	79 G.
Mein.-Creditb.-A.	—	4	68¾ B.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	20½ B.
Oester. Crdtb.-A.	—	5	54½ à 55 bz. u. G.
Pos. Prov.-Bank	5 1/6	4	81¾ G.
Preuss. B.-Anthl	—	4½	128 B.
Schl. Bank-Ver.	5	4	89 bz.
Thüringer Bank	—	4	53 B.
Weimar. Bank	—	4	74¼ bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	k. S.	142 bz.
dito	2 M.	141¼ bz.
Hamburg	k. S.	150¾ bz.
dito	2 M.	150¼ bz.
London	3 M.	6. 19¾ bz.
Paris	2 M.	79¼ bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	67 bz.
dito	2 M.	66½ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ bz.
dito	2 M.	99 5/12 G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 24 bz.
Petersburg	3 W.	95⅝ etw. bz.
Warschau	8 T.	86½ bz.
Bremen	8 T.	109¼ bz.

Berlin, 5. März. Weizen loco 70—82 Thlr. pr. 2100 Pfd., hochbunt poln. 81½ Thlr. und gelber schles. 77½ Thlr. pr. 2100 Pfd. bez. — Roggen loco nach Qualität 45¾—47¾ Thlr. pr. 2000 Pfd. ab Bahn bez., schwimmend 79pfd. 45⅞ Thlr. pr. 2000 Pfd. bez., März und März-April 45½—⅝—46 Thlr. bez. und Br., 45⅞ Thlr. Gld., Frühjahr 46—45¾—46½ Thlr. bez. und Br., 46⅜ Thlr. Gld., Mai-Juni 46⅝—¼—47 Thlr. bez. und Br., 46¾ Thlr. Gld., Juni-Juli 47—47½ Thlr. bez., Br. und Gld., Juli allein 48 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 42—47 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 25½—27½ Thlr., Lieferung pr. März 25⅝ Thlr. bez., Frühjahr 25¼—½ Thlr. bez., Mai-Juni 25¼—¾ Thlr. bez., Juni-Juli 26⅜ Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 47—57 Thlr. — Rüböl loco 11⅔ Thlr. Br., März, und März-April 11¼ Thlr. bez. und Gld., 11 7/24 Thlr. Br., April-Mai 11¼—7/24 Thlr. bez., 11⅓ Thlr. Br., 11¼ Thlr. Gld., Mai-Juni 11⅓—⅜ Thlr. bez. und Br., 11⅓ Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 11⅔—5/12—¾ Thlr. bez. und Br., 11⅔ Thlr. Gld. — Spiritus loco ohne Faß 20½ Thlr. bez., März und März-April 20½—17/24 Thlr bez. und Br., 20⅔ Thlr. Gld., April-Mai 20¾—⅞ Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 20 11/12—21 1/12 Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 21¼—21⅜ Thlr. bez., Br. und Gld., Juli-Aug. 21½—23 Thlr. bez., Aug.-Septbr. 21¾—11/12 Thlr. bez., Sept.-Oktbr. 20⅚—21 Thlr. bez.

Weizen wegen höherer Forderuugen beschränkter Umsatz. — Roggen loco in feiner Waare spärlich offerirt und zu festen Preisen gut zu lassen, Mittelsorten ohne Beachtung. Termine verkehrten bei guter Kauflust in steigender Richtung und schließen fest. Gekündigt 6000 Ctnr. — Rüböl etwas besser bezahlt bei lebhafterem Handel. — Spiritus neuerdings gestiegen bei ausgedehntem Handel, namentlich auf späte Lieferung.

Stettin, 5. März. [Börsen-Bericht von Joseph Neisser.] Weizen fest und etwas höher, am Landmarkt 74—81 Thlr. nach Qualität bez., loco pr. 85pfd. gelber 76—83 Thlr. nach Qualität bez., pr. Frühjahr 85pfd. gelber 85½ Thlr. bez. und Gld., 83—85pfd. 82 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 83—85pfd. 83½ Thlr. bez. — Roggen etwas fester, am Landmarkt 45—47 Thlr. nach Qual. bez., loco pr. 77pfd. 43¾—44½ Thlr. bez., 77pfd. pr. März-April 44½ Thlr. Br., pr. Frühjahr 44¾ Thlr. bez. und Gld., 45 Thlr. Br., pr. Mai-Juni 45½ Thlr. bez. und Br., pr. Juni-Juli 46 Thlr. Br. — Gerste am Landmarkt 34—40 Thlr. nach Qualität bez. — Hafer am Landmarkt 23—26 nach Qual. bez. — Erbsen am Landmarkt 44—48 Thlr. nach Qual. bez. — Rüböl unverändert, loco 11⅙ Thlr. Br., 11 Thlr. Gld., pr. März-April dito, pr. April-Mai 11¼ Thlr. Br., pr. Sept.-Oktbr. 11⅔ Thlr. bez. und Br. — Leinöl loco incl. Faß 11⅙ Thlr. Br. — Spiritus unverändert, loco ohne Faß 20⅓—5/12—⅜ Thlr. bez., pr. März-April 20½ Thlr. Br., 5/12 Thlr. Gld., pr. Frühjahr 20⅔ Thlr. bez. und Br., 20½ Thlr. Gld., pr. Mai-Juni 20⅚ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 21¼ Thlr. Br., pr. Juli-Aug. 21⅔ Thlr. bez. und Br.

Die amsterdamer Depesche von gestern meldet: Weizen stille, Roggen in loco lebhaft umgesetzt. Gedörrter Roggen 4 Fl. niedriger. Roggen auf Termine flau. Raps pr. April 69 L., pr. Oktbr. 69½ L. — Rüböl pr. Mai 38 Fl., Herbst 38¾ Fl.

Die londoner Depesche von gestern meldet: Engl. Weizen bedang volle letzte Preise, fremder fand gute Frage für den Detail-Verkauf. Gerste 1—2 Sch. billiger abgegeben gegen letzten Montag. — Hafer matt, geringer ½ bis 1 Sch. billiger.

Mit der Stettin-Stargarder Bahn sind in voriger Woche hier eingetroffen: 7139 Schfl. Weizen, 16924 Schfl. Roggen, 1158 Schfl. Gerste, 3210 Schfl. Hafer, 1736 Schfl. Erbsen, 5 Schfl. Bohnen, 142 Schfl. Kartoffeln, 250 Schfl. Rübsen, 2 Faß Oel, 222 Faß Spiritus, 206 Ctnr. Mehl, 249 Ctnr. Stärke, 252 Ctnr. Kleesamen, 2 Ctnr. Leinsamen, 772 Schfl. Wicken, 20 Schfl. Buchweizen.

Breslau, 6. März. [Produktenmarkt.] Bei sehr mittelmäßigen Zufuhren und Angeboten von Bodenlägern für sämmtliche Getreidearten in Preisen und Kauflust ohne wesentliche Aenderung gegen gestern, nur Roggen etwas fester und besser bezahlt. — Oel- und Kleesaaten ohne Aenderung. — Spiritus fester, pro 100 Quart loco 20½, März 20 5/12 G.

	Sgr.			
Weißer Weizen	80	86	92	94
Gelber Weizen	78	85	88	92
Brenner-Weizen	65	70	74	76
Roggen	58	60	62	63
Gerste	48	52	54	57
Hafer	28	30	32	33
Kocherbsen	60	62	64	66
Futtererbsen	54	56	58	60
Wicken	45	50	53	56

	Sgr.				
Winterraps	88	92	94	96	98
Winterrübsen	80	84	87	89	91
Sommerrübsen	75	80	84	86	88
Schlagleinsaat	70	75	80	85	93
	Thlr.				
Rothe Kleesaat	11½	13½	15½	16½	17½
Weiße dito	12	15	18	20	22
Thymothee	8	9	10	10½	11

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.